

SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
WASHINGTON D.C.

Washington D.C., 1. September 1989

370.1 - OG/SE
361.0
360.0
003.1

UEBERBLICK UEBER DIE BEZIEHUNGEN DER USA ZU LATEINAMERIKA

"My purpose is to understand this world in order to change it where necessary. And the only sure guide for such change is the compass of American ideals and values: freedom, democracy, equal rights, respect for human dignity, fair play.

We can advance toward these ideals, if we are resolved on two issues: the first is the necessity for American leadership. As the most powerful democracy, the largest economy, the wealthiest society and the greatest concentration of scientific talents, we are going to substantially affect the future whether we do so consciously or not. The second is, we must have bipartisanship to succeed."

James A. Baker III



1. Allgemeine Bemerkungen

Wegen der geographischen Nähe und des Wirtschaftspotentials ist Lateinamerika¹⁾ für die militärische Sicherheit der USA wichtiger als jede andere Region der Erde. Dennoch fand das südliche Amerika in den aussenpolitischen Betrachtungen Washingtons kaum Beachtung. Erst Präsident Kennedy mit seiner "Alliance for Progress" weckte das Interesse des US Bürgers an Lateinamerika. Allerdings nur für kurze Zeit, dominierten doch in den 60er und 70er Jahren Vietnam, der Mittlere Osten oder die Energiekrise die amerikanische Politszene. Mit den innenpolitischen Debatten um die Uebergabe des Panama-Kanals an Panama und die Revolution in Nicaragua rückte Lateinamerika wiederum in die Schlagzeilen der US Presse und damit ins Bewusstsein des Amerikaners. Die zunehmende Hispanisierung weiter Teile der USA - die USA beherbergen heute die fünftgrösste Spanisch sprechende Bevölkerungsgruppe - machte Lateinamerika zum Spielball parteipolitischer Interessen im amerikanischen Kongress. Themen wie die Beachtung der Menschenrechte oder sozioökonomische Reformen erhitzen die Politgemüter ebenso wie die althergebrachten Sicherheitsinteressen der USA. Heute ist Lateinamerika fester Bestandteil des politischen Tagesgeschehens und wird es wohl auch künftig bleiben.

Während der 80er Jahre hat Zentralamerika die Beziehungen der USA mit der Hemisphäre eindeutig dominiert. Präsident Reagans Politik gegenüber Zentralamerika war vom Leitsatz geprägt, dass es weder wirtschaftliche Entwicklung noch stabilen Frieden in dieser Region geben könne, solange die nicaraguanische Regierung Rebellen in den umliegenden Ländern unterstützt. Daraus ergab sich für die USA als einzig mögliche Politik, Managua auf die gegenüber der OAS im Jahre 1979 gemachten Versprechungen bezüglich Einführung einer demokratischen Gesellschaftsordnung zu verpflichten.

1) Es versteht sich, dass unter Lateinamerika auch die Karibik subsummiert wird.

Reagans Weg zur Lösung des zentralamerikanischen Konflikts - sprich: Sturz der sandinistischen Regierung in Nicaragua - hat sich als Sackgasse erwiesen.

Kaum im Amt, hat Präsident Bush deshalb mehrmals deutlich verkündet, dass er die Aussenpolitik seines Vorgängers einer grundlegenden Ueberprüfung unterziehen werde. Heute, acht Monate nach der Amtseinstellung, liegt zwar noch immer kein klares Konzept vor, hingegen lässt sich in bezug auf die Beziehungen mit Lateinamerika ein Element als "neu" erkennen, Präsident Bushs auf Ausgleich bedachtes Agieren. Gegenüber Zentralamerika strebte Bush gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine Politik des Gesichtwahrens an. Mit dem "bipartisan accord" hat er fürs erste dem unter Reagan andauernden Konflikt mit dem Kongress die Munition entzogen und sich erst noch gegenüber den Verlierern in dieser Angelegenheit, den Contras, moralisch abgesichert. Bush hat sein Versprechen, die nicaraguanischen Freiheitskämpfer nicht fallenzulassen, nicht gebrochen und es scheint so, als ob auch der Kongress im November der Verlängerung der humanitären Hilfe an die Contras, zumindest bis zu den kommenden Wahlen in Nicaragua, seine Zustimmung geben wird.

Präsident Bush ist nicht ein Mann mit politischen Konzepten. Ebensovwenig aber ist er ein Präsident, der aufgrund im stillen Kämmerlein gefällter Entscheide schnell aus den Hüften schießt. Nach der Wiederaufrichtung der seit Vietnam und Jimmy Carter angeschlagenen amerikanischen Psyche durch Ronald Reagan, sieht George Bush seine Aufgabe im Konsolidieren des Erreichten. Es ist kaum anzunehmen, dass auf die Reagan-Doktrin eine weitere der Marke Bush folgen wird. Auf die Beziehungen mit Lateinamerika übertragen dürfte dies bedeuten, dass Bush danach trachten wird, den Demokratisierungsprozess weiter voranzutreiben, ohne sich aber derart auf Zentralamerika zu konzentrieren, wie dies sein Vorgänger tat.

Präsident Bush wie auch sein Aussenminister, James Baker III, sind beide Pragmatiker, welche die anstehenden Probleme gemäss ihrer politischen Dringlichkeit anzupacken pflegen. Die Dringlichkeit wird auch im Bereich der Aussenpolitik vom Kongress mitbestimmt. Unbestritten ist die Weiterführung der Demokratisierungspolitik. Sie ist tief im

Bewusstsein der Amerikaner verwurzelt und prägte während der letzten vier Jahrzehnte die auf Eindämmung des sowjetischen Expansionsdranges ausgerichtete US Aussenpolitik. Mit Ausnahme von Kuba, Nicaragua und Panama war diese Politik in diesem Jahrzehnt erfolgreich gewesen. Für das kommende Jahrzehnt droht den Demokratisierungserfolgen nun aber von zwei Seiten Gefahr, die kaum sowjetischer Provenienz sondern viel eher hausgemacht ist, nämlich der enormen Verschuldung vieler lateinamerikanischer Staaten und dem grassierenden illegalen Handel mit Drogen aller Art. Verschuldung und Drogenmafia bergen ein Potential an politischer Sprengkraft in sich, das die Sicherheitsinteressen der USA mehr tangieren dürfte als ein marxistisches Regime in Nicaragua.

Zusammenfassend ergeben sich damit als Schwerpunkte der US Politik gegenüber Lateinamerika die Weiterführung der Reaganschen Demokratisierungspolitik und dies, zweitens, auch mittels der Kontrolle und wenn möglich der Reduzierung der lateinamerikanischen Aussenschuld sowie, drittens, damit zusammenhängend, die Bekämpfung des illegalen Handels mit Drogen.

P.S. Trotzdem das Interesse der Administration Bush an Lateinamerika merklich zugenommen hat, bleibt, in Zahlen ausgedrückt, das Engagement der USA in der Hemisphäre bescheiden. Für das Fiskaljahr 1990 beantragte das Staatsdepartement 1,2 Milliarden Dollar an Wirtschaftshilfe und 230 Millionen Dollar an militärischer Hilfe für Lateinamerika. Der Totalbetrag von etwas mehr als 1,4 Milliarden Dollar entspricht ungefähr 10 Prozent der weltweit gewährten amerikanischen Hilfe. Als Vergleich: 5,3 Milliarden Dollar oder 36 Prozent der US Hilfe fliessen nach Israel und Aegypten.

2. Demokratisierung Lateinamerikas

Zu Beginn der 80er Jahre lebten etwa ein Drittel aller Latinos in einem demokratischen Umfeld. Heute sind es gemäss den Statistiken des Staatsdepartements über 90 Prozent. Ohne Erfolg blieben die amerikanischen Bemühungen um die Installierung demokratischer Regimes v.a. in Kuba, Nicaragua und Panama. Kuba, dessen Einfluss auf seine la-

teinamerikanischen "comparades" nicht zuletzt auch wegen des "neuen" sowjetischen Denkens zurückgebunden worden ist, wird zumindest solange als Fidel Castro an der Macht bleiben wird, als ungelöster Fall toleriert.

Anders verhält es sich mit Nicaragua. Trotz all dem militärischen Engagement ist es den USA nicht gelungen, die sandinistische Revolution zum Ersticken zu bringen. Der Grund für diese Pendenz dürfte darin liegen, dass Präsident Reagans Politik gegenüber dem sandinistischen Regime nicht von der Kongressmehrheit mitgetragen wurde. Damit zusammenhängend, blieb es der abgetretenen Administration versagt, die militärische Stärke der USA in diplomatische Erfolge umzumünzen. Für viele Angehörige des linken Lagers zeigte sich damit einmal mehr die Nutzlosigkeit der Gewalt und die Grenze der US Macht in der Nach-Vietnam-Aera. Für die meisten der Rechten war die US Puscherei in Nicaragua einfach ein weiteres Zeichen dafür, dass ihr Land den Willen zur Verteidigung gänzlich verloren hat.

Präsident Bush und Aussenminister Baker betonen mehr als ihre Vorgänger die positiven Seiten der Esquipulas-Initiativen. Sie stehen voll hinter den Esquipulas-Prinzipien wie Demokratie, Menschenrechte und Sicherheit. Mit der durch den Kongress abgesegneten Politik versuchen die beiden, den Abmachungen der fünf Zentralamerikaner endlich jenen Biss zu verschaffen, den die USA als Notwendigkeit zur Befriedung Zentralamerikas ansehen. Washington sucht deshalb nach Mechanismen, welche die Respektierung der auf dem Papier stehenden Prinzipien auch wirklich garantieren. Das Staatsdepartement unterstützt die Aktivitäten der UNO zur Erarbeitung eines Verifikationssystems und hofft entsprechend auf die Unterstützung der lateinamerikanischen wie auch europäischen Regierungen.

Von der Schwarz-Weiss-Malerei der Equipe um Elliott Abrams, dem früheren Zentralamerika-Strategen, ist im Staatsdepartement kaum mehr etwas zu spüren. Heute wird ganz offen verkündet, dass die USA auch eine sandinistische Regierung anerkennen würden, sofern diese im kommenden Frühjahr über faire Wahlen in ihrem Amt bestätigt wird. Das positive Denken wurde in erheblichem Masse durch die Signale aus Moskau gefördert. Das sowjetische Umfeld erlaubt heute, so das

Staatsdepartement, auch das Problem Nicaragua in die Gespräche mit der UdSSR einzubauen und, und hier tönt es im Aussenministerium optimistisch, einer die USA befriedigenden Lösung zuzuführen.

Bleibt als sehr unangenehme Pendeuz Panama. Hier steht die Glaubwürdigkeit der USA hinsichtlich der Umsetzung ihrer Drohgebärden in effektive Aktionen wie aber auch hinsichtlich des Nichtinterventionsdenkens des Diplomaten Bush auf dem Spiel. Nachdem sich die Hoffnungen der USA auf eine erfolgreiche Rolle der OAS zerschlagen haben, bleibt Präsident Bush keine andere Möglichkeit, als das Problem Noriega selbst zu lösen. Viel Zeit hat er dafür nicht; am 1. Januar 1990 geht die Verwaltung des Panama-Kanals vertragsgemäss in panamaische Hände über. Solange diese Hände von General Noriega gelenkt werden, ist es für Bush ein Ding der Unmöglichkeit, den Torrijos-Carter Vertrag aus dem Jahre 1977 zu erfüllen. Die Lunte brennt also und im Staatsdepartement scheint niemand zu wissen, wie sie vor dem grossen Knall erstickt werden könnte.

3. Verschuldung

Lateinamerika ist daran, sein "verlorenes Jahrzehnt" abzuschliessen. In den 80er Jahren verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum deutlich, die Inflationsraten schossen in die Höhe und der Nettokapitalexport nahm entsprechend zu. Der Umfang der internationalen Verschuldung, der zwischen 1981 und 1988 um 20 Prozent gewachsen ist, wurde mehr und mehr zum Existenzproblem der demokratisch gewählten Regierungen.

Die Aussichten für die 90er Jahre sind alles andere als ermutigend. Länder wie Uruguay, Bolivien und Argentinien haben dieses Jahr neue Regierungen erhalten. Andere wie Brasilien, Chile und Peru werden nächstens Wahlen abhalten. Änderungen der von den USA kritisierten Wirtschaftspolitik werden nur innerhalb der politischen Gegebenheiten erfolgen können. Verschuldung und Kapitalabfluss können dabei den Politikern kaum viele Optionen offenlassen.

Das Interesse der USA an der Reduzierung der Schuldenlast Lateinamerikas ist evident: 13 Prozent des US Aussenhandels spielen sich in Lateinamerika ab.²⁾ Mit rund 30 Milliarden investierten Dollar sind die USA mit Abstand der grösste ausländische Investor in der Hemisphäre.

Um den Ländern die Schuldenlast etwas erträglicher zu machen, hat die Bush-Verwaltung mit dem Brady-Plan eine Aenderung der US Verschuldungspolitik angekündigt. Diese verschiebt das Gewicht von der Gewährung neuer Kredite mehr auf den effektiven Schuldenabbau. Details über die neue amerikanische Politik vermittelt das separat erstellte Papier "Endettement en Amérique Latine; Nouvelle stratégie de l'endettement, aperçu général sous l'angle de Washington".

4. Drogen

Es genügt, die amerikanischen Tageszeitungen aufzuschlagen, um festzustellen, dass Drogen zum zentralen Thema des amerikanischen Tagesgeschehens geworden sind. Allein in Washington D.C. werden auch dieses Jahr Hunderte als Folge von Drogenkonsum oder Drogenkriminalität ihr Leben lassen müssen. Ein trauriges Faktum, das schon fast zum "normalen" Alltag gehört.

Die Bedeutung des Drogenproblems illustriert auch eine weitere Zahl: Heute werden in den USA jährlich 100 Milliarden Dollar für den Drogenkonsum ausgegeben, also doppelt so viel wie für das importierte Erdöl.

Obwohl schon die Reagan-Verwaltung das Gewicht ihrer Antidrogenpolitik vermehrt auf die Reduzierung der inländischen Nachfrage gelegt hat, etwas das Bush mit Hilfe des eigens dafür geschaffenen

2) Die wichtigsten Handelspartner der USA sind dabei Brasilien, Kolumbien und Venezuela. Diese drei beanspruchen rund drei Viertel des Handels Lateinamerikas mit den USA.

"Drogenzars" weiterzuführen gedenkt, behalten Drogen im Kongress das Image des ausländischen Giftes, das die US Jugend umbringt und daher nach einer harten Politik gegenüber den Drogen produzierenden Ländern verlangt.

Als Zielländer der amerikanischen Antidrogenpolitik gelten heute in Lateinamerika v.a. Kolumbien und Mexiko. Die USA bemühten sich, die jeweiligen Regierungen finanziell wie personell in deren Kampf gegen die Drogenmafia zu unterstützen. Die Hilfszusage Präsident Bushs an Kolumbien ist ein Beispiel dafür. Drogen belasten die bilateralen Beziehungen der USA zu ihrem südlichen Nachbarstaat Mexiko, das weiterhin der wichtigste Lieferant von Heroin, die zweitwichtigste Quelle für Marijuana und ein bedeutender Transitweg für kolumbianisches Kokain bleibt.

Spätestens seit der Präsentation der neuen US Drogenpolitik durch Präsident Bush dürften jedem Amerikaner zwei Sachen klar geworden sein. Zum einen, dass Drogen heute die effektivste Gefahr für die nationale Sicherheit der USA darstellen und zum anderen, dass die USA dieser Bedrohung nicht allein werden begegnen können; die Mithilfe der Produzenten wie der anderen Konsumentenländer wird hier als Voraussetzung zur Meisterung der gestellten Aufgabe angesehen.

Bezogen auf Lateinamerika und speziell natürlich auf die Kokain und Marijuana produzierenden Länder wie **Peru, Bolivien und Kolumbien** bedeutet dies an sich nicht viel Neues. Die Mitarbeit der Produzenten im Kampf gegen den Drogenhandel wurde schon bis anhin von Washington erwartet und zum Teil auch über an Auflagen gebundene Wirtschaftshilfe der USA durchgesetzt; wer sich nicht genügend für die Drogensache einsetzte, sah sich Kürzungen der US Wirtschaftshilfe gegenüber. Neu an der von Präsident Bush lancierten Initiative sind einesteils der Umfang der budgetierten Mittel (449 Millionen für das Fiskaljahr 1990 oder 80% mehr als für das laufende Fiskaljahr), andererseits die stärkere Betonung der internationalen Zusammenarbeit. Auf regionaler Ebene ist die amerikanische Verwaltung daran, für das nächste Jahr einen sogenannten **Drogen-Gipfel mit den Andenstaaten** zu organisieren. Diese Zusammenkunft soll Basis für eine engere Zusammenarbeit gegen die Drogenmafia und vermutlich institutionalisiert

werden. Auf internationaler Ebene strebt das Weisse Haus die Ratifizierung der UNO-Drogenkonvention³⁾ möglichst aller Unterzeichnerstaaten an, jener Konvention, die im Dezember 1988 in Wien verabschiedet worden ist. Bush selber hofft auf die baldige Ratifizierung der Konvention durch den US Kongress.

5. Regionaler bzw. länderweiser Tour d'Horizon

Mexiko bleibt für die USA der wichtigste Gesprächspartner der Hemisphäre. Die ständig zunehmende Integration der mexikanischen Wirtschaft in jene der USA und der zum Problem werdende (illegale) Zustrom mexikanischer Arbeitskräfte haben Mexiko noch mehr als bisher in den Mittelpunkt der US Aussenpolitik gerückt. Kommt noch dazu, dass Präsident Bush auch wegen seiner mexikanischen Schwiegertochter eine Affinität zu diesem Land entwickelt hat, die sich in seinen engen Kontakten zu Präsident Carlos Salinas de Gortari ausdrückt. So traf sich der US Präsident noch vor seinem Amtsantritt mit seinem Gegenüber Salinas. Ebenso ist der Brady-Plan in Lateinamerika am Beispiel Mexikos zum ersten Mal in die Tat umgesetzt worden.

Mexiko gilt in Washington als am meisten ernst zu nehmender Kritiker der US-Lateinamerikapolitik. Noch immer wirken die Folgen des Krieges des letzten Jahrhunderts, aufgrund dessen Mexiko etwa die Hälfte seines damaligen Territoriums an die USA abtreten musste, nach und spiegeln sich in einer durch Sensibilität gekennzeichneten Haltung gegenüber Washington wider. Von daher erklärt sich auch die von einer ausgesprochenen Behutsamkeit geprägte Politik der USA gegenüber Mexiko. Nichts soll in der Haltung der USA den Eindruck entstehen lassen, dass die in Mexiko hochgehaltenen aussenpolitischen Prinzipien wie "Nichteinmischung", "Selbstbestimmung" und "Friedliche Lösung von Konflikten" in Frage gestellt werden könnten.

3) United Nations Convention against illicit traffic in narcotic drugs and psychotropic substances.

-10-

Präsident Salinas genießt auch im Staatsdepartement viel Kredit, speziell wegen seiner weniger auf Antagonismus gegenüber den USA ausgerichteten Aussenpolitik. Diese berechtigt offensichtlich zur Hoffnung, Mexiko vermehrt als bisher als Vermittler im Falle bilateraler Schwierigkeiten in Lateinamerika einzusetzen. Die geknüpften Bande werden immer enger; ein weiterer Beweis dafür ist die binationale Kommission, die im August in Mexiko tagte und eine beeindruckende US-Teilnehmerliste aufwies. Ein weiterer Meilenstein in den amerikanisch-mexikanischen Beziehungen wird mit dem Besuch Präsident Salinas in Washington vom Oktober gesetzt werden.

Zentralamerika bleibt nach wie vor ein Schwerpunkt der US Aussenpolitik. Aktionen der USA sind aber zumindest bis nach den Wahlen in Nicaragua nicht zu erwarten. Im Staatsdepartement geht man davon aus, dass die humanitäre Hilfe an die Contras bis zum Wahltermin im Sinne einer Reintegrationshilfe weitergeführt wird. Da die Contras politisch wie militärisch kaum mehr existent sind, wird sich kaum ein US Politiker finden, um ihnen den "coup de grace" zu versetzen; damit lässt sich heute in Amerika kein politischer Kredit holen. Das sandinistische Regime ist als Realität anerkannt worden, die durch freie Wahlen legitimisiert werden könnte.

Als kritisch wird die Lage in El Salvador eingeschätzt. Die Hoffnungen ruhen dabei einerseits auf Präsident Cristianis Zusage, mittels der Kontrolle des rechten Flügels seiner Arena-Partei den Schutz der Menschenrechte zu gewähren, andererseits auf der von Daniel Ortega gegenüber Cristiani in Tela gemachten Zusage, inskünftig auf Waffenlieferungen an die FMLN zu verzichten. Letzteres dürfte Hoffnung bleiben, ersteres könnte sich hingegen realisieren, um so mehr als die finanzielle Unterstützung der USA an El Salvador vom Kongress mit menschenrechtspolitischen Auflagen verbunden worden ist.

Bezüglich Kuba gibt es nichts Neues zu erwarten. Solange Castro am Ruder bleiben wird, sieht das Staatsdepartement keine Möglichkeit, die Beziehungen der USA zum Inselstaat einer Normalisierung näher zu bringen. Die Hoffnungen Washingtons ruhen deshalb auf Gorbatschows "new thinking", das die unnachgiebige Haltung Castros doch noch aufweichen könnte.

Die Anden-Staaten sind die Hauptdarsteller in der unter US Regie ablaufenden Antidrogenpolitik. Es ist anzunehmen, dass sowohl die wirtschaftliche wie die militärische Hilfe der USA an diese Staaten v.a. an Kolumbien und Bolivien zunehmen wird.

Ein besonderes Verhältnis hat sich zwischen den USA und Venezuela entwickelt. Schuld daran ist Präsident Carlos Andres Perez, der sich zum "Sprachrohr" des Weissen Hauses in Lateinamerika entwickelt hat. Gemäss Staatsdepartement soll der persönliche Kontakt zwischen "CAP" und George Bush sehr eng sein. Telefongespräche zwischen den beiden zur Koordination der entsprechenden Politiken seien keine Seltenheit. Mehr noch als auf Mexiko zählen die USA z.B. in der Panama-Frage auf die Schützenhilfe Venezuelas.

Unbehagen herrscht in Washington bezüglich der Situation in Peru. Man geht im allgemeinen davon aus, dass sich Alan Garcia bis zu den Wahlen im nächsten Jahr wird am Ruder halten können. Mit einem Militärputsch wird nicht gerechnet, da sich die peruanische Armee kaum in die von Garcia gezüchteten Nesseln setzen will.

Neue Dimensionen sollen die Beziehungen der USA mit Brasilien erhalten. Bisher waren diese geprägt von eher technischen Detailfragen, insbesondere im Handelsbereich. Dies soll sich nun ändern. Aehnlich wie im Falle von Mexico möchte das Weisse Haus eine Art bilaterale Kommission ins Leben rufen, um damit zu belegen, dass es an einer Vertiefung der Beziehung mit Brasilien wirklich interessiert ist.

Ueberraschend positiv sind die Reaktionen des Staatsdepartements auf das neue Regime in Argentinien. Offensichtlich hat Präsident Menem genügend Vertrauen geschaffen, so dass die USA ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben und die seit den Menschenrechtsverletzungen eingeschlafene militärische Zusammenarbeit wieder aktivieren werden.

Auch im Falle von Chile ist die Beurteilung positiv. Mit dem Referendum vom letzten Jahr ist ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratie gemacht worden. Die Wahlen vom kommenden Dezember schaffen den USA eigentlich nur in einer Hinsicht Probleme, wird General Pinochet in den Wahlkampf steigen oder nicht? Wie ihre Vorgängerin wird auch

diese Administration gegenüber den Entwicklungen in Chile eine "low key"-Haltung einnehmen, um sich nicht der Parteinahme für die eine oder andere Seite bezichtigt sehen zu müssen. Hingegen will Washington sein Möglichstes tun, um den chilenischen Dialog zu fördern. Damit soll der für die Wahlen so wichtige nationale Konsens geschaffen und ein möglichst harmonischer Uebergang von der Pinochet-Aera in die demokratische Zukunft Chiles garantiert werden.

6. Ausblick

Das kommende Jahrzehnt stellt eine Chance für die USA dar, ihre Beziehungen zur südlichen Hemisphäre zu intensivieren. Zwei Ereignisse würden dazu den passenden Rahmen abgeben: die 500-Jahr Feier der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus sowie der 100ste Geburtstag des Interamerikanischen Systems (aus dem die OAS entstanden ist). Vor diesem Hintergrund stellt sich der Bush-Administration die Aufgabe, über die Förderung der lateinamerikanischen Zusammenarbeit die Voraussetzung zur Errichtung einer amerikanischen Partnerschaft zu schaffen. Dies wird nicht einfach sein, um so mehr als das Streben Lateinamerikas nach politischer Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum in jedem Land verschiedenartig in die Tat umgesetzt wird. Die damit verbundene Schwierigkeit, sich über Begriffe wie "Freie Marktwirtschaft" und "Politischer Pluralismus" einigen zu können, wird Lateinamerikas sozioökonomische Krise eher noch verschärfen und damit dessen Beziehungen zu den USA alles andere als erleichtern.

Trotz der durch den Konflikt zwischen Contras und Sandinisten geschaffenen Aufmerksamkeit und dem Interesse einiger Technokraten an den finanziellen Problemen der Region tappt der grösste Teil der Amerikaner im "lateinamerikanischen Dunkeln". Diese Administration wird sich selbst und den berühmten "Amerikaner von der Strasse" zu überzeugen haben, dass die lateinamerikanische Dimension ebenso fester Bestandteil des internationalen Beziehungsgefüges ist wie etwa die europäische; Lateinamerika ist mehr als nur der Hinterhof der USA.

Sowohl Jimmy Carter als auch Ronald Reagan haben Lateinamerika in die US Aussenpolitik einzubauen begonnen. Carter ging dabei davon aus, dass Moderation und Kompromisse politischem Pluralismus und wirtschaftlichem Liberalismus förderlich sind. Als diese Politik der Flexibilität neue Bedrohungen auslöste, begann Ronald Reagan eine weniger konziliante, dafür realistischere Politik zu betreiben. George Bush vertritt nun seinerseits die Meinung, dass die USA Lateinamerika zwar Hilfe zur Selbsthilfe gewähren können, dies aber nur mittels Initiativen tun sollten, die den politischen Pluralismus und den wirtschaftlichen Liberalismus verstärken.

Obwohl sich ein klares aussenpolitisches Konzept der USA gegenüber Lateinamerika zur Zeit (noch) nicht erkennen lässt, ist aufgrund der ersten acht Monate Bush-Regierung die Vermutung berechtigt, dass die USA versuchen werden, in ihre Beziehungen zu Lateinamerika, ähnlich wie sie es mit ihren europäischen Alliierten praktizieren, eine Art Konsensus-Leadership einzubauen. Die Zielrichtung ist damit gegeben, bleibt abzuwarten, wie sich das lateinamerikanische Selbstverständnis in diese Initiative einbauen lässt. Die Geschichte Lateinamerikas lässt auch in diesem Fall Skepsis als angebracht erscheinen.

Carlos Orga